Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Donnerstag, 21. August 2008
Ausgabe 160

Inhaltsverzeichnis

Bürgerangelegenheiten **2**
Meldungen **2**
› 400 Menschen bei Rückkehr begleitet: Coming Home veröffentlicht Projektbericht 2
› Thema im Umweltladen: Holzprodukte mit dem FSC-Siegel 3

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **4**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Bürgerangelegenheiten

Donnerstag, 28. August, 18.30 Uhr,
Stadtteilzentrum Fürstenried Ost, „Bürgersaal", Züricher Straße 35
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 19 (Thalkirchen - Obersendling - Forstenried - Fürstenried - Solln) mit dem Vorsitzenden Hans Bauer.

Meldungen

400 Menschen bei Rückkehr begleitet:
Coming Home veröffentlicht Projektbericht
(21.8.2008) Afghanistan, Irak, Kosovo: Trotz Zerstörung, Armut und instabiler Sicherheitslage entschließen sich viele Flüchtlinge in ihre Heimat zurückzukehren. Das Büro für Rückkehrhilfen im Sozialreferat informiert in einem Projektbericht über die Aktivitäten im Jahr 2007. Über 400 Menschen aus 50 Ländern hat das fünfköpfige Beratungsteam individuell beraten und unterstützt. 146 Personen kehrten in ihr Land zurück. Coming Home hilft bei der Arbeitsvermittlung, bei der Förderung von Existenzgründungen, bei medizinischer Versorgung und bei Finanzen. Manche Menschen benötigen auch nach ihrer Rückkehr noch Hilfe, um sich dauerhaft in ihrer Heimat wieder zurecht zu finden.
Zu einigen Familien besteht auch Jahre nach ihrer Heimkehr noch Kontakt. Zum Beispiel Herr E., der 1996 mit Frau und vier kleinen Töchtern aus Afghanistan fliehen musste. Trotz eines schweren Schicksalsschlags, seine Frau starb kurz nach der Flucht, gab er nicht auf. Um sich und seine vier Kinder zu versorgen, absolvierte der gelernte Elektriker eine Zusatzausbildung, und arbeitete anschließend bei einem Münchner Unternehmen. 2004 kehrte die Familie nach Afghanistan zurück, Herr E. erhielt eine Existenzgründungsförderung. Seine Firma in Kabul ist inzwischen sehr erfolgreich, die internationalen Organisationen wissen die aus Deutschland übernommenen Qualitätsstandards zu schätzen.
Dieses und weitere Beispiele von Rückkehrern sind im aktuellen Projektbericht des Büros für Rückkehrhilfen abgedruckt. Der Bericht kann bestellt werden beim Sozialreferat, Büro für Rückkehrhilfen, Franziskanerstraße 8, 81669 München, Telefon 2 33-4 06 32, E-mail: marion.lich@muenchen.de, oder als pdf-Datei im Internet unter *www.muenchen.de/reintegration* heruntergeladen werden.

Thema im Umweltladen: Holzprodukte mit dem FSC-Siegel

(21.8.2008) Über die Möglichkeiten, umweltfreundliche Holzprodukte zu erwerben und über deren Vorteile informiert Martin Glöckle von Pro Regenwald e.V. am Dienstag, 26. August, von 15 bis 17 Uhr alle interessierten Bürgerinnen und Bürger im Umweltladen im Rahmen der Bürgersprechstunde.

Steht der Kauf von Holzprodukten, wie beispielsweise Gartenmöbeln an, stellt sich immer wieder die Frage woher das Holz kommt und worauf beim Kauf geachtet werden sollte. Wurden dafür zum Beispiel wertvolle Regenwälder abgeholzt? Eine Hilfe beim Kauf ist das FSC-Siegel des Forest Stewardship Council. Dieses garantiert Holz aus umweltgerechter, sozialverträglicher und ökonomischer Nutzung von Wäldern und somit eine nachhaltige Forstwirtschaft auf der ganzen Welt.

Der Umweltladen befindet sich im Herzen Münchens im Ruffinihaus am Rindermarkt 10. Die Öffnungszeiten sind Montag bis Donnerstag von 9 bis 12 Uhr und von 13 bis 17.30 Uhr und Freitag von 9 bis 12 Uhr und von 13 bis 16.30 Uhr. Telefonisch ist der Umweltladen über das Umwelttelefon 2 33-2 66 66 zu den angegebenen Zeiten zu erreichen (Internetadresse: *www.muenchen.de/umweltladen*).

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Donnerstag, 21. August 2008

Asbestsanierung im Stachus-Untergeschoß?
Antrag Stadtrats-Mitglieder Marian Offman und Richard Quaas (CSU)

Mehr Transparenz für die Bezirkssozialarbeit
Antrag Stadtrats-Mitglieder Beatrix Burkhardt, Dr. Georg Kronawitter und Marian Offman (CSU)

Fahrradabstellen 1: Fahrradstellplätze in Neubaugebieten sichern
Antrag Stadtrats-Mitglieder Paul Bickelbacher und Sabine Nallinger (Bündnis 90/Die Grünen/Rosa Liste)

Fahrradabstellen 2: Mehr dezentrale Fahrradparker schaffen – Zusammenarbeit Einzelhandel/Gastronomie und Verwaltung vorantreiben
Antrag Stadtrats-Mitglieder Paul Bickelbacher und Sabine Nallinger (Bündnis 90/Die Grünen/Rosa Liste)

Fahrradabstellen 3: Gehsteige durch Umwandlung von Kfz-Stellplätzen zu Fahrradstellplätzen entlasten – Bezirksausschüsse sollen entscheiden
Antrag Stadtrats-Mitglieder Paul Bickelbacher und Sabine Nallinger (Bündnis 90/Die Grünen/Rosa Liste)

Fahrradabstellen 4: Pilotprojekt für saisonale Umwandlung von Kfz-Stellplätzen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Paul Bickelbacher und Sabine Nallinger (Bündnis 90/Die Grünen/Rosa Liste)

Fahrradabstellen 5: Mehr Qualität bei mobilen Fahrradständern
Antrag Stadtrats-Mitglieder Paul Bickelbacher und Sabine Nallinger (Bündnis 90/Die Grünen/Rosa Liste)

Das Netzwerk gegen Rechtsextremismus in München handlungsfähiger gestalten – Einrichtung einer Fach- und Koordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. Ingrid Anker, Nikolaus Gradl, Christian Müller (SPD), Siegfried Benker und Jutta Koller (Bündnis 90/Die Grünen/Rosa Liste)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Mechthild von Walter; **Freie Wähler**: Dr. Michael Piazolo; **Bayernpartei**: Thomas Hummel; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Marian Offman Richard Quaas

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Antrag
21.08.08

Asbestsanierung im Stachus - Untergeschoß?

Dem Stadtrat und der Öffentlichkeit ist darzustellen wie folgt:

1. Wurde beim Bau des Stachus - Untergeschosses auch Asbest verwendet?
2. Wenn ja, wo und welche Maßnahmen zur Asbestsanierung werden beim Umbau und der Neugestaltung des Stachus -Centers eingeleitet?
3. Soll bei der Sanierung der gesamte verbaute Asbest entfernt werden?
4. Wurden die derzeitigen Mieter und Mietinteressenten über eine mögliche Asbestsanierung informiert?
5. Welche Maßnahmen zum gesundheitlichen Schutz der Ladenmieter und der Passanten im Stachus - Untergeschosses wurden ggf. ergriffen?
6. Wie werden seitens des Gesundheitsamtes der Landeshauptstadt München mögliche gesundheitsgefährdende Folgen im Zusammenhang mit der Verarbeitung von Asbest (Asbeststaub) bewertet?
7. In welchen städtischen Baustellen gibt es derzeit Arbeiten zur Asbestsanierung, bzw. wo sind solche erforderlich und welche Maßnahmen zum gesundheitlichen Schutz der Mitarbeiter werden vorgenommen?

Begründung:

Dem Vernehmen nach sollen seinerzeit beim Bau im Stachus - Untergeschosses in erheblichen Umfang Asbestmaterial verarbeitet worden sein. Dies wurde bereits bei kleineren Umbauarbeiten während der letzten Jahre festgestellt. Mindestens ein vormaliger Ladenmieter beklagt im Zusammenhang mit den Arbeiten gesundheitliche Beeinträchtigungen. Bekannt ist, dass Asbeststaub Lungenkrebs auslösen kann. In diesem Zusammenhang erscheint eine schnelle Beantwortung der vorgenannten Fragen mehr als dringlich.

Marian Offman, Stadtrat
energiepolitischer Sprecher

Richard Quaas, Stadtrat
stv. Fraktionsvorsitzender

Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765;
email: csu-fraktion@muenchen.de

Beatrix Burkhardt / Dr. Georg Kronawitter / Marian Offman

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München

ANTRAG
21.08.08

Mehr Transparenz für die Bezirkssozialarbeit

Der Stadtrat möge beschließen:
Dem Stadtrat wird dargelegt, nach welchen objektiven Kriterien (z.B. Sozialkennzahlen, Überlastungssituation des Personals) Sachbearbeiter/innen der Bezirkssozialarbeit (BSA) auf die einzelnen Stadtbezirke bzw. Sozialregionen aufgeteilt werden.

Insbesondere ist darzulegen, wie die Aufteilung der 26 neugeschaffenen Sozialpädagogen-Stellen auf die einzelnen Sozialbürgerhäuser bzw. Stadtbezirke erfolgt ist und wie viele Stellen tatsächlich die Basisarbeit verstärken.

In diesem Zusammenhang ist auch für jede Sozialregion darzustellen, welche Überlastungssituation des Personals sich auf der Basis der vorliegenden Überlastungsanzeigen ergibt.

Begründung

An der Sozialbasis wird über die fehlende Transparenz der Stellenzuweisung geklagt, was die Ebene der Sozialbürgerhäuser betrifft. So geht z.B. der Stadtbezirk 14 Berg-am-Laim leer aus, obwohl seitens der Fachbasis ein erhöhter Betreuungsbedarf festgestellt wird. Auch bei Neubaugebieten scheint die Stellenzuschaltung nicht angemessen. So hat z.B. Messestadt Riem mit seit Jahren nachgewiesener Überlastung für die BSA 39 Std. erhalten. Der Bedarf ist jedoch mittelfristig nach Auskünften von Fachleuten mit 5 Stellen, bzw. aktuell mit 3 Stellen zu sehen.

Wünschenswert wäre es, wenn das Beispiel der „Münchner Förderformel“ als Ansporn benutzt würde, auch diesen Ressourcenverteilvorgang ähnlich transparent zu gestalten.

Beatrix Burkhardt
Stadträtin

Dr. Georg Kronawitter
Stadtrat

Marian Offman
Stadtrat

Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
im Rathaus

rosa liste münchen

München, 21. August 2008

Antrag

Fahrradabstellen 1: Fahrradstellplätze in Neubaugebieten sichern

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Das Planungsreferat wird aufgefordert durch geeignete Maßnahmen dafür zu sorgen, dass in Neubaugebieten in ausreichender Zahl und hoher Qualität Fahrradabstellmöglichkeiten wohnungsnah (bzw. arbeitsplatznah) zur Verfügung stehen.

2. Das Fahrradparken bei Wohngebäuden wird zukünftig generell bereits bei den Wettbewerben thematisiert.

3. Dem Stadtrat wird über die Erfahrungen mit satzungs- und baurechtlichen Instrumenten in München und anderen Kommunen berichtet. Dabei werden Vor- und Nachteile einer kommunalen Fahrrad-Stellplatz-Satzung und einer Festsetzung im Bebauungsplan ebenso erläutert wie die Änderungen und Konsequenzen der Neuen Bayerischen Bauordnung.

Begründung
Zu 1:
Attraktive Fahrradabstellmöglichkeiten sind ein wesentlicher Baustein bei der Förderung des Radverkehrs. Sie dienen damit einer stadt- und klimaverträglichen Mobilität. Darüber hinaus tragen gut platzierte und qualitativ befriedigende Fahrradabstellanlagen dazu bei, Behinderungen des Fußverkehrs oder die Beeinträchtigung der Stadtgestalt durch „wild“ abgestellte Fahrräder zu minimieren.

Den Abstellanlagen bei den Wohnungen kommt eine hohe Bedeutung bei, weil hier die potenzielle Fahrt mit dem Rad beginnt. Sowohl das Abstellen im Keller, bei dem das Rad möglicherweise Treppen hochgetragen werden muss, als auch ein ungesichertes (nächtliches) Abstellen vor der Wohnung – mit der damit einher gehenden Diebstahlgefahr – sind maßgebliche Hemmnisse das Fahrrad im Alltag zu nutzen. Das in der Regel dauerhafte Abstellen an der Wohnung erfordert daher ebenerdige, abschließbare und überdachte Abstellmöglichkeiten.

Zu 2:
Nur wenn das Thema Fahrradabstellen von Anfang an mitgedacht wird, sind attraktive Lösungen erzielbar.

Zu 3.
Ein Blick in die Neubaugebiete Münchens zeigt, dass das Thema Fahrradabstellen an der Wohnung noch nicht befriedigend gelöst ist. Aus dem breitgefächerten Spektrum von Möglichkeiten wohnungsnahe attraktive Fahrradabstellmöglichkeiten festzuschreiben soll zukünftig das optimale Instrument angewandt werden.

Bisher wurde die Zurückhaltung gegenüber der Einführung einer Fahrradstellplatzsatzung mit dem Hinweis auf die zu erwartende Änderung der Bayerischen Bauordnung begründet. Eine aktuelle Einschätzung ist nach der erfolgten Änderung von Interesse.

In diesem Zusammenhang verweisen wir auch auf den Antrag Nr. 2539 vom 12.7.2005 der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen-rosa liste „Fahrradabstellplätze in Neubaugebieten“, der noch nicht bearbeitet wurde.

Fraktion Die Grünen – rosa liste
Initiative:

Paul Bickelbacher	Sabine Nallinger
Stadtrat	Stadträtin

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
im Rathaus

rosa liste münchen

München, 21. August 2008

Antrag

Fahrradabstellen 2: Mehr dezentrale Fahrradparker schaffen – Zusammenarbeit Einzelhandel/Gastronomie und Verwaltung vorantreiben

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die LH München verstärkt deutlich ihre Bemühungen bei der Errichtung dezentraler Fahrradabstellmöglichkeiten im öffentlichen Raum mit attraktiven Fahrradparkern (Fahrradständern).
2. Die LH München kooperiert mit dem Einzelhandel und der Gastronomie mit dem Ziel der Verbesserung des dezentralen Fahrradparkens. Soweit sinnvoll und effizient sollte der Einzelhandel und die Gastronomie sowie die Hauseigentümer/ Eigentümergemeinschaften sich im Sinne einer Private Public Partnership an den Kosten für dezentrale Fahrradabstellmöglichkeiten beteiligen. Hierfür wird ein standardisiertes Vorgehen erarbeitet.

Begründung
Zu 1:
Attraktive Fahrradabstellmöglichkeiten sind ein wesentlicher Baustein bei der Förderung des Radverkehrs. Sie dienen damit einer stadt- und klimaverträglichen Mobilität. Darüber hinaus tragen gut platzierte und qualitativ befriedigende Fahrradabstellanlagen dazu bei, Behinderungen des Fußverkehrs oder die Beeinträchtigung der Stadtgestalt durch „wild“ abgestellte Fahrräder zu minimieren.

Um die Situation des Fahrradabstellens in der LH München zu verbessern sind neben größeren zentralen Abstellanlagen vermehrt flächenhaft dezentrale Abstellmöglichkeiten mit etwa vier bis acht Stellplätzen vorzusehen. Sie sind insbesondere in dicht bebauten Innenstadtrandgebieten sinnvoll.

Zu 2:
Dezentrale Abstellmöglichkeiten in kleiner Zahl sind v.a. im Zusammenhang mit Einzelhandel und Gastronomie erforderlich. In den Fällen, in denen eine Unterbringung

auf den privaten Flächen nicht möglich ist, sind auch Abstellmöglichkeiten für Anwohner im öffentlichen Straßenraum sinnvoll.

Die Nutznießer sollten sich finanziell an der ihnen zugute kommenden Verbesserung des Fahrradparkens beteiligen. Sinnvoll erscheint hier z.B. eine Kooperation, die vorsieht, dass die LH München die Flächen zur Verfügung stellt und der Einzelhandel und die Gastronomie oder die Hausbesitzer/Eigentümergemeinschaften die Kosten für die Fahrradständer und das Aufstellen derselben tragen.

Im Hinblick auf die Stadtgestaltung sollten bevorzugt die Ständertypen aus dem städtischen Mobiliarkatalog aufgestellt werden. Den Sponsoren sollte die Möglichkeit eröffnet werden, mit einem dezenten Hinweise auf ihre finanzielle Beteiligung für sich zu werben.

Diese Abstellmöglichkeiten sollten auch z.T. stadtgestalterisch und funktional ungeeignete mobile Fahrradständer ersetzen.

Fraktion Die Grünen – rosa liste
Initiative:

Paul Bickelbacher Stadtrat	Sabine Nallinger Stadträtin

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
im Rathaus

rosa liste münchen

München, 21. August 2008

Antrag

Fahrradabstellen 3: Gehsteige durch Umwandlung von Kfz-Stellplätzen zu Fahrradstellplätzen entlasten – Bezirksausschüsse sollen entscheiden

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Bei Beeinträchtigungen von Gehbereichen durch eine größere Zahl abgestellter Fahrräder werden Kfz-Stellplätze zu Fahrradstellplätzen umgewandelt.

2. Im Einzelfall folgt die Verwaltung den Empfehlungen der Bezirksausschüsse

Begründung

Zu 1.
Attraktive Fahrradabstellmöglichkeiten sind ein wesentlicher Baustein bei der Förderung des Radverkehrs. Sie dienen damit einer stadt- und klimaverträglichen Mobilität. Darüber hinaus tragen gut platzierte und qualitativ befriedigende Fahrradabstellanlagen dazu bei, Behinderungen des Fußverkehrs oder die Beeinträchtigung der Stadtgestalt durch „wild“ abgestellte Fahrräder zu minimieren.

Wenn keine entsprechenden Flächen auf den Gehflächen zur Verfügung stehen bzw. die Gehbahnen zu sehr beeinträchtigt werden, bieten sich Kfz-Stellplätze zur Umwandlung an. Auf der Fläche eines PKW können sechs bis acht Fahrradstellplätze untergebracht werden.

Sofern kein benutzungspflichtiger Radweg vorhanden ist, sollten aus Kosten- und Komfortgründen die Fahrradstellplätze - zumindest in Tempo-30-Zonen - auf Fahrbahn-Niveau errichtet werden. Die Abtrennung kann am besten mit Baumpflanzungen oder an Einfahrten erfolgen.

Zu 2

Im Rahmen der Untersuchungen zum Parkraummanagement ist die Verwaltung beauftragt auch die Stellplatzsituation für den Radverkehr zu berücksichtigen und bei Bedarf die Umwandlung von Kfz-Stellplätzen zu Fahrradstellplätzen vorzuschlagen und mit den Bezirksausschüssen zu diskutieren.

Die bisherige Praxis zeigt ein zögerliches Vorgehen. Insbesondere dann, wenn sich der Bezirksausschuss weitgehend einig ist, sollte die Verwaltung den Empfehlungen der Bezirksausschüsse folgen und die Maßnahmen entsprechend umsetzen. Die Bezirksausschüsse können die örtliche Situation am besten beurteilen und sollten hier die politische Entscheidung vornehmen können.

Auch die Bürger sind aufgeschlossen gegenüber dieser Lösung für das Fahrradparken. So wurde die von einem Bürger beantragte Umwandlung eines Kfz-Stellplatzes vor einem Supermarkt in der Thalkirchner Straße in der letzten Bürgerversammlung im 2. Stadtbezirk mit deutlicher Mehrheit (d.h. bei nur zwei bis drei Gegenstimmen) beschlossen.

Fraktion Die Grünen – rosa liste
Initiative:

Paul Bickelbacher	Sabine Nallinger
Stadtrat	Stadträtin

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
im Rathaus

rosa liste münchen

München, 21. August 2008

Antrag

Fahrradabstellen 4: Pilotprojekt für saisonale Umwandlung von Kfz-Stellplätzen

Der Stadtrat möge beschließen:

Neben der dauerhaften Umwandlung von Kfz-Stellplätzen ermöglicht die Verwaltung in einem Pilotprojekt eine saisonale oder provisorische Umwandlung von Kfz-Stellplätzen zu Fahrradstellplätzen.

Begründung
Attraktive Fahrradabstellmöglichkeiten sind ein wesentlicher Baustein bei der Förderung des Radverkehrs. Sie dienen damit einer stadt- und klimaverträglichen Mobilität. Darüber hinaus tragen gut platzierte und qualitativ befriedigende Fahrradabstellanlagen dazu bei, Behinderungen des Fußverkehrs oder die Beeinträchtigung der Stadtgestalt durch „wild“ abgestellte Fahrräder zu minimieren.

Der Anteil der Radverkehrs schwankt saisonal. Im Sommer wird im Durchschnitt etwa doppelt so viel Fahrrad gefahren als im Winter. Entsprechend werden im Sommer auch mehr Autofahrten durch Fahrradfahrten ersetzt als im Winter. Dies könnte sich auch in einem größeren Angebot an Fahrradstellplätzen im Sommer und in einem größeren Angebot an Kfz-Stellplätzen im Winter in den Straßen niederschlagen, die viele Besucher von außen haben.

Eine Lösung wäre die Montage von Fahrradstellplätzen auf Stahlplatten, die im Frühjahr auf Kfz-Stellplätzen aufgestellt werden und im Herbst wieder abtransportiert werden, wie kürzlich von einem Projekt der Akademie der Handwerkskammer vorgeschlagen.

Des weiteren könnte auf diese Weise eine provisorische Umwandlung erfolgen, wenn man sich nicht gleich zu einer dauerhaften Umwandlung entschließen möchte.

In einem Pilotversuch sollten Erfahrungen zur Praktikabilität gesammelt werden. Hierfür sollten auch Fördermöglichkeiten durch den Bund im Rahmen des Nationalen Radverkehrsplans ausgelotet werden.

Fraktion Die Grünen – rosa liste
Initiative:

Paul Bickelbacher Stadtrat	Sabine Nallinger Stadträtin

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
im Rathaus

rosa liste münchen

München, 21. August 2008

Antrag

Fahrradabstellen 5: Mehr Qualität bei mobilen Fahrradständern

Der Stadtrat möge beschließen:

Neue mobile Fahrradständer werden nur noch genehmigt, wenn
sie wesentlichen Qualitätskriterien entsprechen.

Begründung
Attraktive Fahrradabstellmöglichkeiten sind ein wesentlicher Baustein bei der Förderung des Radverkehrs. Sie dienen damit einer stadt- und klimaverträglichen Mobilität. Darüber hinaus tragen gut platzierte und qualitativ befriedigende Fahrradabstellanlagen dazu bei, Behinderungen des Fußverkehrs oder die Beeinträchtigung der Stadtgestalt durch „wild“ abgestellte Fahrräder zu minimieren.

Sofern auf dem Gehsteig genügend Platz ist, sind mobile Fahrradständer eine vorübergehende und kurzfristige Möglichkeit Fahrradstellplätze zu schaffen und das Fahrradabstellen zu ordnen.

Damit der Fahrradständer nicht nur als Werbeträger für Einzelhandel und Gastronomie dient, sondern auch tatsächlich zum Fahrradabstellen genutzt wird, soll seine Funktionalität den Qualitätskriterien sonstiger Fahrradparker entsprechen, d.h. das Fahrrad soll kipp- und wegrollsicher abgestellt werden können und der Rahmen und ein Laufrad sollen angeschlossen werden können. Darüber hinaus sollten die empfohlenen Fahrradständer verträglich für das Stadtbild sein.

Für Einzelhandel und Gastronomie wäre es vermutlich hilfreich, wenn ihnen eine Auswahl an Fabrikaten, die diesen Kriterien entsprechen, genannt würde.

Das Entscheidungsrecht der Bezirkausschüsse, wo diese mobilen Fahrradständer errichtet werden können, ist davon nicht berührt.
Fraktion Die Grünen – rosa liste
Initiative:

Paul Bickelbacher
Stadtrat

Sabine Nallinger
Stadträtin

SPD-Fraktion

Fraktion B 90/ Die Grünen-rosa liste

Nikolaus Gradl
Stadtrat

Siegfried Benker
Stadtrat

Dr. Ingrid Anker
Stadträtin

Jutta Koller
Stadträtin

Christian Müller
Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude

Rathaus

München, 21.08.08

Das Netzwerk gegen Rechtsextremismus in München handlungsfähiger gestalten - Einrichtung einer Fach- und Koordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus

Antrag:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die derzeitigen Aktivitäten der Stadt München gegen Rechtsextremismus werden dem Stadtrat vorgestellt. Hierbei wird zumindest kursorisch die Arbeit des Stadtjugendamtes, des Schulreferates sowie des Kulturreferates und des Bündnisses für Toleranz dargelegt.

2. Die Landeshauptstadt München beschließt auf kommunaler Ebene ein funktionierendes Netzwerk gegen Rechtsextremismus aufzubauen. Hierfür werden die bereits bestehenden Aktivitäten vernetzt und wo nötig gestärkt. Um dies zu erreichen, sind folgende Schritte vorzunehmen:

a. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert in seinem Geschäftsbereich eine Koordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus einzurichten.

b. Die Abteilung Jugendschutz des Stadtjugendamtes stellt dar, welche Aktivitäten in diesem Bereich derzeit stattfinden und welche Kapazitäten hierfür zur Verfügung stehen.

c. Bei einem geeigneten freien Träger wird eine Recherche- und Multiplikatorenstelle eingerichtet, die es erlaubt, auch kurzfristig auf rechtsextremes Vorgehen zu reagieren und stadtteilbezogen Aufklärungsarbeit zu betreiben.

d. Für die politische Jugendbildung im zukünftigen NS-Dokumentationszentrum wird ein geeigneter Träger der Jugendarbeit beauftragt, eine Konzeption gemeinsam mit dem Kulturreferat zu entwickeln.

Begründung:

Die Stadt München hat gerade aufgrund der geschichtlichen Ereignisse zwischen 1933 und 1945 die Verantwortung, konsequent gegen jegliche Formen des Rechtsextremismus anzukämpfen. Gerade die Vorfälle der letzten Jahre wie der lebensgefährliche Überfall auf einen Griechen in der Zenettistraße oder der versuchte Anschlag auf die Grundsteinlegung der Synagoge am Jakobsplatz durch rechtsextreme Gruppierungen in München machen ein koordiniertes Handel nötig.

Aus diesem Grund soll die Stadtverwaltung zum einen – zumindest kursorisch – ihre bisherigen Aktivitäten gegen Rechtsextremismus darstellen.

Nach Ansicht von SPD und Grünen/Rosa Liste ist es aber notwendig, die bisherigen Aktivitäten der Stadt zu stärken. Um dies zu erreichen, soll das bisher vor allem ehrenamtlich funktionierende Netzwerk gegen Rechtsextremismus auf kommunaler Ebene gestärkt werden. Hierfür ist unseres Erachtens notwendig, dass

- beim Oberbürgermeister eine Koordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus eingerichtet wird, deren Aufgabe es sein sollte, die vielfältigen aber über die Referate verteilten Aktivitäten gegen Rechtsextremismus zu bündeln und zu koordinieren und selbstverständlich auch die Aktivitäten außerhalb der Stadtverwaltung mit zu koordinieren.

- die Abteilung Jugendschutz beim Stadtjugendamt personell angemessen verstärkt wird. Es zeigt sich, dass Rechtsextremisten vor allem versuchen in der Jugendkultur und der offenen Jugendarbeit Fuß zu fassen. Hier ist eine funktionsfähige Jugendschutzarbeit notwendig. Derzeit wird nach unseren Informationen die Arbeit des Jugendschutzes gegen rechtsextremistische Konzerte u. ä. von einer Stelle nebenher mit erledigt.

- bei einem geeigneten freien Träger eine Recherche- und Multiplikatorenstelle eingerichtet wird, die es erlaubt aktuelle Entwicklungen in der rechtsextremen Szene zu beobachten, gezielte Handlungsstrategien stadtteil-, quartiers- und einrichtungsbezogen zu vermitteln und vorbeugende Aufklärungsarbeit zu betreiben.

- die politische Jugendarbeit für die Entwicklung der Konzeption des NS-Dokumentationszentrums vorangetrieben wird und mit einem geeigneten Träger der freien Jugendarbeit gemeinsam mit dem Kulturreferat eine entsprechend jugendgerechte Konzeption erarbeitet wird.

SPD-Fraktion

Nikolaus Gradl
Stadtrat

Dr. Ingrid Anker
Stadträtin

Christian Müller
Stadtrat

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – rosa Liste

Siegfried Benker
Stadtrat

Jutta Koller
Stadträtin